

Das grüne Jahrzehnt

VON ANGELA HEISENBERGER

8

Globale Krisen haben meist tiefe Spuren in Gesellschaft und Wirtschaft hinterlassen. Oftmals eröffneten sie auch neue Chancen. Auch die Coronapandemie könnte ein Jahrzehnt des Fortschritts einleiten – wenn Fehler der Vergangenheit vermieden werden.

> Verheerende Seuchen gab es im Laufe der Geschichte immer wieder, zumeist zogen sie auch gravierende wirtschaftliche Folgen nach sich. So breitete sich die Pest im 14. Jahrhundert von Zentralasien über die Handelswege in ganz Europa aus. Der »Schwarze Tod« forderte in-

nerhalb von sieben Jahren 25 Millionen Todesopfer – ein Drittel der damaligen Bevölkerung. Es dauerte mehrere Jahrhunderte, bis Europa die frühere Bevölkerungsdichte wieder erreichte. Die Pandemie löste schwere Pogrome gegen Juden aus, denen die Schuld für die Ausbreitung der Krankheit zugescho-

ben wurde. Die Entvölkerung ermöglichte aber auch vielen unterprivilegierten Menschen den Zugang zu bezahlter Arbeit und Ackerflächen. Zünfte ließen nun Mitglieder zu, denen man zuvor die Aufnahmen verweigert hatte. Die Städte blühten auf und wuchsen zu wichtigen Kultur- und Handelszentren an, das Bürgertum etablierte sich. Der Arbeitskräftemangel führte dazu, dass manuelle Arbeit zunehmend mechanisiert wurde. Einige technische Errungenschaften fallen in die Zeit des Spätmittelalters, unter anderem die Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern durch Johannes Gutenberg.

>> Geschichte wiederholt sich <<

Gegen Ende des Ersten Weltkriegs breitete sich die Spanische Grippe in drei Wel-

Fotos: iStock



xusgütern erlebte einen Aufschwung. Die als »Goldene Zwanziger« oder »Roaring Twenties« bezeichneten 1920er-Jahre standen im Zeichen eines kulturellen und wirtschaftlichen Aufbruchs. Neben dem Frauenwahlrecht wurden erstmals Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen eingeführt.

Die hedonistische Euphorie fand mit der Weltwirtschaftskrise ein jähes Ende. Somit markiert der Börsencrash von 1929 einen weiteren Knackpunkt der Wirtschaftsgeschichte. Viele europäische Staaten – hochverschuldet und von den Zerstörungen des Ersten Weltkriegs noch nicht erholt – reagierten auf den erneuten Zusammenbruch der Wirtschaft mit harten Sparmaßnahmen und erzielten damit eine kontraproduktive Wirkung. Massenarbeitslosigkeit war die Folge. Die massiven sozialen Probleme trugen letztlich in Deutschland und Österreich zum Aufstieg des Nationalsozialismus bei.



Nach dem Ersten Weltkrieg setzte ein kultureller und wirtschaftlicher Aufschwung ein.

>> Goldene Zwanziger <<

»Pandemien können fast so schädlich sein wie Kriege«, umreißt Friedrich Heineemann, Ökonom am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, das enorme zerstörerische Potenzial. Ist die Krise aber überwunden, können positive Effekte folgen. Auch das US-Wirtschaftsmagazin *Bloomberg Businessweek* spekulierte bereits: »Wenn wir das Virus erst hinter uns gelassen haben, werden wir dann Roaring 2020s haben?«

Tatsächlich ist die ökonomische wie auch die politische Ausgangslage eine völlig andere. Von einer Euphorie wie 1920 – auf den Trümmern der Monarchie, eines zerstörerischen Krieges und einer überstandenen Pandemie – sind wir heute weit entfernt. Die ökonomischen Auswirkungen werden durch die Aufnahme von Staatsschulden abgefedert. Regierungen pumpen Geld in die Unternehmen, um ihre Liquidität zu gewährleisten. Der Schuldenstand ▶

len aus und kostete bis 1920 laut WHO mindestens 25 Millionen Menschen das Leben, andere Schätzungen sprechen von bis zu 100 Millionen Toten. Zum Vergleich: Während des Krieges starben 17 Millionen Menschen. Ausgehend von Militärcamps und Truppentransporten griff die Krankheit rasch auf die Zivilbevölkerung über. Im Unterschied zu

anderen Influenzaviren erkrankten vorwiegend 20- bis 40-Jährige, 40 Prozent der Todesopfer gehörten dieser Altersgruppe an.

Die Debatten ähnelten jenen von heute: Man diskutierte über die Wirksamkeit von Mundschutz, Schulschließungen und die Absage von Kulturveranstaltungen. Wo Lockdowns rascher und länger verhängt wurden, waren die wirtschaftlichen Einbußen insgesamt geringer. Wie nach der Pest-Pandemie setzten auch nach der Grippe-Pandemie tiefgreifende Veränderungsprozesse ein. Arbeitskräfte waren knapp, die Industrie reagierte mit Rationalisierungen. Das Armutsrisiko war hoch, die Wohnverhältnisse in den Städten prekär. Gleichzeitig zeigte sich nach den traumatischen Katastrophenjahren ein psychologischer Effekt: Der Konsum von Lu-

6,7 %

ging die heimische Wirtschaftsleistung 2020 infolge der Coronakrise zurück. 2008 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt »nur« um 3,8 %.

KRISEN- STREIF- ZUG

Tulpenmanie

Sie gilt als erste dokumentierte Spekulationsblase der Wirtschaftsgeschichte. Ende des 16. Jahrhunderts erstmals kultiviert, avancierte die Tulpe in den Niederlanden zum Liebhaberobjekt des gehobenen Bürgertums. In den 1630er-Jahren stiegen die Preise für Tulpenzwiebeln auf ein extrem hohes Niveau, ehe der Markt im Februar 1637 abrupt einbrach. Zahlreiche Käufer*innen, die Terminkontrakte abgeschlossen hatten, verloren ihr Vermögen.

1637

Mississippi-Blase

1717 wurde die französische Handelsgesellschaft Mississippi-Kompagnie insbesondere für das Wirtschaften in den französischen Kolonien in Amerika gegründet. Als die Banque Royale immer mehr Banknoten druckte und Anleihen ausgab, entstand eine Aktienblase, die auch auf dem Immobilienmarkt eine Spekulationswelle auslöste. Die Staatsverschuldung wurde durch Umschuldungen kaschiert, 1720 platzte die Blase.

Südseeblase

Diese Spekulationsblase ereignete sich zur selben Zeit in London, wo seit Anfang des 18. Jahrhunderts eine Wertpapierbörse florierte. Der Handel mit exotischen Produkten, Rohstoffen und Sklaven aus der Südsee versprach hohe Profite. Die South Sea Company übernahm 1720 die britischen Staatsschulden und erhielt dafür das Recht, zusätzliche Aktien auszugeben. Erst als keine Dividenden bezahlt werden konnten, wurde klar, dass keine nennenswerten Gewinne erzielt wurden. Mehrere Investoren, darunter der Physiker Isaac Newton, verloren hohe Summen. Laut einem Bericht der New York Times vom Dezember 2014 zahlt die britische Regierung noch immer Zinsen für die damaligen Anleihen zurück.

1720



Wirtschaftskrise

Eine der ersten Weltwirtschaftskrisen begann im August 1857 in New York City, als die Bank Ohio Life Insurance Company ihre Zahlungen einstellen musste. Von dort ausgehend breitete sich die Krise über die gesamte Welt aus. Ausgelöst durch Spekulationen im Bahnsektor waren in Amerika bald andere wesentliche Wirtschaftszweige betroffen. Durch die hohe Staatsverschuldung verschärfen sich die Konflikte zwischen Nord- und Südstaaten, die in weiterer Folge den amerikanischen Bürgerkrieg auslösten. In Europa entwickelten die großen Finanz- und Handelsplätze mit einiger Verzögerung Panik. Stützungszahlungen der öffentlichen Hand zeigten Wirkung, dennoch konnten zahlreiche Konkurse und ein wirtschaftlicher Abschwung nicht vermieden werden.

1857



Große Depression

Der sogenannte »Schwarze Freitag«, ein dramatischer Börsenkrach an der New Yorker Börse im Oktober 1929, führte zu einem Dominoeffekt, der die gesamte Weltwirtschaft erfasste und zu einem starken Rückgang der Industrieproduktion und des Welthandels, Hyperdeflation, Zahlungsunfähigkeit vieler Unternehmen, Massenarbeitslosigkeit und sozialem Elend führte. Viele Länder haben diese Krise bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs nicht überstanden. Nach heutigem wissenschaftlichen Konsens hätte die weltweite Rezession verhindert werden können, wenn die Zentralbanken die Geldmenge nicht verringert, sondern für mehr Liquidität gesorgt hätten.

1929

10



Die 1920er-Jahre waren nicht für alle ein »goldenes« Jahrzehnt. Viele waren von Ausspeisungen für Arme abhängig.

der Industrienationen stieg vorübergehend auf 140 Prozent der Wertschöpfung.

Mit einem Wirtschaftseinbruch von sieben Prozent fiel die Rezession infolge der Covid-19-Pandemie in Österreich zwar

deutlich stärker aus als in der Finanzkrise 2008/09, allerdings auch wesentlich kürzer. Schon von der ersten Corona-Welle erholte sich die Weltwirtschaft erstaunlich rasch – ein Indiz, dass die Märkte heute deutlich robuster sind. Angesichts der großen Vielfalt an Hilfsprogrammen scheint es, als habe man aus der Geschichte gelernt.

Nach der Finanzkrise 2008 war das nur teilweise der Fall. Griechenland und Italien wurden zu einem harten Sparkurs gezwungen. Das Bruttoinlandsprodukt brach um ein Viertel ein, wenngleich umfassende begleitende Maßnahmen der Europäischen Union die betroffenen Länder mit einem finanziellen Sicherheitsnetz auffingen. Umfassende Konjunkturpakete und weitere Stabilitätsmaßnahmen stützten den gesamten Euroraum. Dennoch brauchte es in einigen EU-Staaten fast zehn Jahre, bis das Vorkrisenniveau erreicht war.

>> Überraschend optimistisch <<

Während sich die Krise 2008 von den Immobilien- und Finanzmärkten in den USA erst mit einiger Verzögerung ausbreitete, wirkte die Covid-19-Pandemie radikaler und abrupter. Sie setzte die Realwirtschaft in vielen Bereichen sofort und zur Gänze außer Gefecht. Betriebssperren ließen das Angebot versiegen, Geschäftsschließungen dämmten den Konsum ein. Im Tourismus, der Gastronomie und in der Veranstaltungsbranche kam das Geschäft für Monate vollends zum Erliegen – diese Leistungen können auch nicht mehr nachgeholt werden.

Dennoch blickt die Wirtschaft inzwischen recht optimistisch in die Zukunft. Das Wachstum hat bereits kräftig angezogen, was paradoxerweise neue Probleme mit sich bringt: Die angeschlagenen Lieferketten können nicht rasch genug für Nachschub sorgen, was die Kosten für Rohstoffe ►

Fotos: Metmuseum, ap, iStock, PA-Photoa

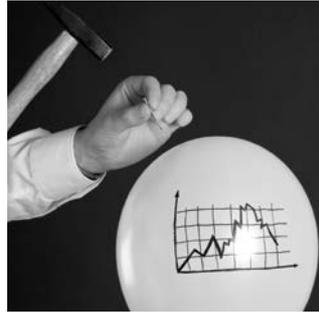
Fotos: Österreichische Mediatek



Ölpreiskrise

Infolge des Jom-Kippur-Kriegs drosselten die arabischen Erdölexportstaaten die Ölförderung, um westliche Länder unter Druck zu setzen. Das Embargo führte zu einer Ölknappheit und löste in den Industrieländern schwere Rezessionen aus, der Ölpreis vervierfachte sich. Nach einem Rückgang folgte 1979 eine zweite Ölpreiskrise, ausgelöst durch die islamische Revolution im Iran und den ersten Golfkrieg.

1973



Dotcom-Blase

Diese Spekulationsblase betraf insbesondere Technologieunternehmen der New Economy. In den Industrieländern verloren vor allem Kleinanleger*innen ihr Vermögen. Auslöser des Booms waren hohe Gewinnerwartungen und Spekulationen auf steigende Aktienkurse, die durch neue technologische Entwicklungen, etwa die Etablierung des Internets und des Mobiltelefons sowie Laptops, entfacht wurden. Der Absturz folgte, als erfahrene Investor*innen ihr Kapital aus dem überhitzten Markt abzogen. Einige der vermeintlichen Hoffnungsträger mussten Insolvenz anmelden. Ihr Börsenwert war zumeist nicht durch materielle Gegenwerte gedeckt, teilweise waren die ausgewiesenen Umsätze gar nur fingiert.

2000



Finanzkrise

Am Beginn der größten globalen Finanzkrise seit 1929 stand ein spekulativ aufgeblähter Immobilienmarkt in den USA. Ab August 2007 stiegen die Kreditzinsen sprunghaft an, diese konnten von den Hausbesitzer*innen nicht mehr bedient werden. Mit dem Zusammenbruch der Großbank Lehman Brothers im September 2008 erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Mehrere Staaten sicherten die Existenz großer Finanzdienstleister, die Staatsverschuldung stieg stark an. Die Leitzinsen wurden bewusst niedrig gehalten. Im Zuge der Eurokrise ab 2009 setzte die EU harte Sparmaßnahmen und den Stabilitätspakt, um Staatsinsolvenzen zu verhindern. Es dauerte mehrere Jahre, bis das Vorkrisenniveau erreicht wurde.

2008



Coronapandemie

Im Zuge der Covid-19-Pandemie wurde ab Jänner 2020 in vielen Ländern im Rahmen von Lockdowns das soziale und wirtschaftliche Leben auf ein Minimum beschränkt, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern. Es kam zu Betriebs-schließungen und Ausgangsbeschränkungen. Im März 2020 kam es zu einem Börsencrash. Die Wirtschaftsleistung sank, die Arbeitslosigkeit stieg extrem an. Durch nationale und internationale Hilfs- und Investitionsprogramme erholte sich die globale Wirtschaft deutlich schneller als erwartet. Diese Gelder gleichzeitig für einen Strukturwandel zu einer klimafreundlicheren Ökonomie zu nutzen, ist derzeit Thema politischer Diskussionen.

2020



explodieren lässt. Internationale Lieferengpässe dämpften die österreichische Wirtschaftsleistung bislang um eine dreiviertel Milliarde Euro, wie die Oesterreichische Nationalbank kürzlich errechnete.

Die Grundstimmung in der heimischen Wirtschaft ist jedoch erstaunlich positiv. »Nach eineinhalb Jahren Coronakrise überwiegt in den Betrieben wieder der Optimismus. Gründe dafür sind die hohe Resilienz, die Anpassungsfähigkeit und die Innovationskraft, die die Unternehmen gerade in der Krise unter Beweis gestellt haben«, erklärt Harald Breit, CEO von Deloitte Österreich. Entgegen der Annahmen zu Jahresbeginn habe sich das Geschäft für mehr als zwei Drittel der Befragten besser entwickelt als erwartet, verweist Breit auf das aktuelle Deloitte-Stimmungsbarometer: »Die Fortschritte in der Bekämpfung der Pandemie, gepaart mit der sich global erholenden Konjunktur, lassen die heimischen Unternehmen aufatmen und stärken ihre Zuversicht.« Für die Studie wurden Ende August mehr als 220 Führungskräfte aus Österreich auch hinsichtlich ihrer Zukunftserwartungen befragt. Fast drei Viertel rechnen in den nächsten vier bis sechs Monaten mit (eher) positiven Umsatzzahlen. Die Gewinnprognosen liegen ebenfalls deutlich über Plan. Mit der wachsenden Zuversicht steigt auch die Bereitschaft der Unternehmen zu Investitionen. Hierbei liegt der Fokus auf den Bereichen Digita-



Indem Investitionsförderungen an nachhaltige Ziele gekoppelt werden, könnte der Wirtschaftsaufschwung für die Klimawende genutzt werden.

lisierung (85 %), Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter*innen (61 %) sowie Personalstand (48 %). Deloitte-CEO Breit fordert deshalb entsprechende Anreize wie etwa eine Anhebung der Forschungsprämie, um die Investitionslust der Unternehmen noch stärker anzutreiben.

>> Konjunkturmotor <<

Expert*innen plädieren indessen dafür, nachhaltig zu investieren und somit den Wirtschaftsaufschwung auch gleich für die Klimawende zu nutzen. »Die Investitionen, die wir für den Klimaschutz brauchen, haben Dimensionen, die bei Weitem über

“ Mit der wachsenden Zuversicht steigt auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. ”

AUFBRUCHSTIMMUNG

WIE SIEHT IHRE INVESTITIONSBEREITSCHAFT IN DEN UNTERSCHIEDLICHEN UNTERNEHMENSBEREICHEN DER ZWEITEN JAHRESHÄLFTE AUS?



den finanziellen Spielraum hinausgehen«, erklärt Christoph Badelt, Leiter des Fiskalrats. »Auch der Bedarf für Bildung, Digitalisierung ist enorm. Der Vorteil solcher Investitionen wäre, dass sie später auch Erträge bringen.«

Die europäische Klimapolitik kann ein starker Konjunkturmotor sein, wenn Forschung und Entwicklung entsprechend vorangetrieben und Unternehmen bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien unterstützt werden. Ende September 2021 erhielt Österreich einen Vorschuss von 450 Millionen Euro aus dem EU-Aufbaufonds »Next Generation EU« als Anschubfinanzierung für die heimische Wirtschaft. Insgesamt wurden Mittel in Höhe von 3,46 Milliarden Euro beantragt. Mindestens 37 Prozent der Gelder müssen in den Klimaschutz fließen, 20 Prozent in die digitale Wende. Österreich verpflichtet sich, bis 2026 im Rahmen des Aufbauplans 171 Meilensteine und Ziele zu erfüllen. Der Fokus liegt auf Digitalisierungsprojekten, Innovation und öko-

Fotos: Alexander Mülle



Sigrid Stagl, WU Wien: »Die Finanzkrise 2008 wurde nicht als Chance zur Veränderung genutzt.«



Margit Schratzenstaller, WIFO: »Der CO₂-Preis muss steigen.«

logischen Investitionen. »Die Unternehmen stehen bereits in den Startlöchern, um den Wiederaufbau aus der Pandemie in Angriff zu nehmen«, sagt Mariana Kühnel, stellvertretende Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich. »Nun können wir die ersten Früchte ernten.«

Ob der Spagat zwischen wirtschaftlichem Aufschwung und ökologischer Transformation gelingt, hängt davon ab, wie groß die Bereitschaft zu echten Veränderungen ist. Die Zeit drängt. Der Klimawandel ist auch bereits bei uns spürbar – Stichwort Überflutungen, Brände, Dürre und Überhitzung der Städte. Erreicht Österreich die EU-Klimavorgaben nicht, drohen hohe Strafzahlungen. Bis 2030 müssen die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 um 55 Prozent gesenkt werden; bis Dezember 2020 lag das Ziel noch bei 40 Prozent. Viele Unternehmen haben jedoch unabhängig von politischen Entscheidungen bereits selbst begonnen, ihre Betriebe klimaneutral auszurichten. Als Pioniere ihrer Branchen profitieren sie im internationalen Business von Wettbewerbsvorteilen und ziehen Investoren an.

>> Historische Chance <<

Mit der Einigung auf die längst fällige CO₂-Bepreisung ab 2022 ist zuletzt ein wichtiger Schritt gelungen, wenngleich etwa Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb den Startpreis von 30 Euro pro Tonne für »eindeutig

zu niedrig« erachtet und einen Lenkungseffekt ausschließt. Auch WIFO-Steuerexpertin Margit Schratzenstaller begrüßt grundsätzlich die jährliche Anhebung: »Man hätte sich aber gewünscht, dass das ein bissl mutiger gewesen wäre, sowohl was den Einstiegspreis anbelangt als auch den Zielpreis. Der Preis muss auch steigen, angesichts der klimapolitischen Notwendigkeiten.« Franz Schellhorn, Chef der Agenda Austria, sieht in der Steuerreform einen »typisch österreichischen Kompromiss«: »Es ist wichtig, dass man als Land, das 0,2 Prozent der weltweiten Emissionen verursacht, schaut, was andere Länder tun, um sich nicht unnötig aus dem Wettbewerb zu katapultieren.«

»Green Deal« und »Green Recovery«, die beiden von der EU ausgerufenen Ziele, bieten die historische Chance, Europa als ersten Kontinent CO₂-neutral zu machen. Nach der Finanzkrise 2008/09 wurde die Weichenstellung zu einer ökologischen Transformation vertan, wie Sigrid Stagl, Vorständin des Departments für Sozioökonomie an der WU Wien, analysiert: »Die empirische Evidenz zeigte, dass es zu einem Recoupling kam, also zu einer stärkeren Verschränkung von Wirtschaftswachstum, Materialverbrauch und Emissionen als vor der Krise. Nicht nur, dass man die Krise nicht als Chance zur Veränderung genutzt hat – es wurde sogar schlechter als davor.«

Geht es nach Marc Fähndrich, Leiter der Wirtschaftspolitik in der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, soll es diesmal anders laufen. Dazu sei es notwendig, Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung zu entkoppeln: »Der wirtschaftliche Aufschwung wird nur dann nachhaltig sein, wenn er jetzt den grünen Wandel an die erste Stelle setzt.« Gelingt dieses Vorhaben, könnte uns tatsächlich ein »grünes« Jahrzehnt erwarten. Die Voraussetzungen sind so gut wie noch nie.

BUCHTIPP

WAS SEUCHEN BEWEGEN

> Pandemien kosten vielen Menschen ihr Leben, sie sind aber zumeist auch Auslöser tiefgreifender gesellschaftlicher und politischer Veränderungen. Wien hat u.a. die Hochquellwasserleitung, Kanalisation, Müllabfuhr und den sozialen Wohnbau den Erkenntnissen zu verdanken, dass mangelnde Hygiene und desolate Wohnungen ein günstiger Nährboden für Krankheitserreger sind. Die Einrichtung einer eigenen Gesundheitsbehörde – quasi die Vorläuferin der heutigen MA 15 – erfolgte angesichts der verheerenden Pest-Epidemie im 16. Jahrhundert.

Die Autorin fördert aus den Archiven so manche interessante Details zutage, etwa dass Wohnungen mit Wacholder ausgeräuchert wurden oder ein eigenes Pestbier zur Stärkung der Kranken gebraut wurde. In vielen Facetten scheint sich die Geschichte in der Coronapandemie zu wiederholen – so waren auch als die Pest und die Spanische Grippe grassierten viele Maßnahmen umstritten. Gasthäuser, Schulen und Badeanstalten wurden geschlossen, rigorose Grenzkontrollen eingeführt, auch Hamsterkäufe kamen vor. Die erste Pocken-Massenimpfung ließ Kaiserin Maria Theresia 1800 in Brunn am Gebirge durchführen – auch damals formierten sich Impffegner*innen. Statt einer Impfpflicht setzte man auf Motivation: Pfarrer und Hebammen leisteten Überzeugungsarbeit.

Daniela Angetter-Pfeiffer:
Pandemie sei Dank!
Amalthea Signum Verlag 2021
ISBN: 978-3-99050-212-9



450 MILLIONEN EURO
hat Österreich in der ersten Tranche aus dem EU-Aufbaufonds »Next Generation EU« erhalten. Insgesamt wurden 3,46 Mrd. Euro beantragt.